

unhof.
Saal
Idfest

Tanzdièle

Vorzugl. Küche

eb.
Film
kten,
n t.
hau-
sa-
um.
g.
aunhof.



ranzige!
Uhr im festlich
es
=Ball
gsteil
pslege, veran-
ne Gesellschaft.
are!
versuchung
ten Haare.
rift für Ihre
kostenlos.
enberg
chalt.

romans?

er

ut
es!

alle
nders
nnen,
oden.
eldorf.

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtsheim, Hammelshain, Hencha, Vorsdorf, Eicha, Edmannshain, Fuchsheim, Groß- und Kleinsteuberg, Rüinge, Rötha, Einbeck, Wehlen, Oberhof, Ehrenburg.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ergebnis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 1,- jährlich Mk. 10,-
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 1,- Im Falle höherer
Gebühren, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Einzelheiten: Die Geistliche Korpszeitung "Vig." auswärts Mk. 1,-
Katholische Kirche: Wallfahrtsglocke pro Hundert Mk.
Umnahme der Zeitungen bis spätestens 10 Uhr normalerweise des Empfangszeitung, später noch früher. — Alle Einzelverteilungen nehmen Aufträge entgegen. —
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Güntz & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gernau: Amt Naunhof Nr. 2

Nummer 17

Mittwoch, den 8. Februar 1922

33. Jahrgang

Notausgabe infolge des Eisenbahnerstreiks!

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 9. Februar 1922, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathause am Bressl.

Volksschule zu Naunhof.

Die Anmeldung der zu Ostern 1922 schulpflichtig werden-
den Kinder ist

Freitag, den 10. Februar 1922

von 9 bis 1 Uhr

im Direktorizimmer des neuen Schulgebäudes zu bewirken.

Schulpflichtig werden alle zwischen Ostern 1915 und
Ostern 1916 geborenen Kinder.

Vorzulegen ist bei der Anmeldung der Impfschein und
für nicht in Naunhof geborene Kinder außerdem die Geburts-
urkunde und der Taufschwur. Die Kinder sind durch Erwachsene,
die nötigenfalls über sie Auskunft erteilen können, vorzustellen.

Naunhof, den 7. Februar 1922.

Schuldirektor Schäfer, Schulleiter.

Der Eisenbahnerstreik!

Die Reichsregierung will, wie die "Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben, der Reichsgewerkschaft gegenüber fehlstellen. Den Bedingungen des Aktionsausschusses der Streikenden, das der Reichsverkehrsminister eine ultimative Forderung zur Wiederaufnahme der Arbeit binnen 24 Stunden entgegenstellt. Wer dieser leichten Mahnung kein Gehör schenkt, gilt als entlassen.

In der Reichskanzlei haben die bereits am Sonntag in Aussicht gestellten Verhandlungen der Reichsregierung mit den Sozialverbänden am Montag früh begonnen. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner war nicht unmittelbar vertreten; ihre Interessen nahm ein Postbeamter wahr. Bis Montag nachmittag hatten die Belehrungen noch kein greifbares Ergebnis gezeigt.

Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Von der Eisenbahn-General-Direktion Dresden ist unter dem 5. Februar 1922 nachstehende Anordnung ergangen:

An alle Dienststellen.

"Der Herr Reichsverkehrsminister verfügt: Gegenüber verschiedenen Meldungen über Abschluss des Deutschen Eisenbahner-Verbandes am Freitagstreff stelle ich fest, daß der Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes ebenso wie die übrigen Großorganisationen mit Entschiedenheit sich gegen den Streik erklärt und den Ortsgruppen, die im Befreiungskampf zu seiner Anordnung in den Streik eintreten, mitteilt, daß sie das auf eigene Verantwortung tun, daß ihnen weder Streikgelder noch sonstige gewerkschaftliche Unterstützungen von der Zentrale gewährt werden. Dies ist durch Anschlag sofort bekanntzugeben.

Auf den Dienststellen, wo Arbeiter oder Angestellte in den Streik getreten sind, ist durch weiteren Anschlag unter Schutz kurzer Frist von längstens 24 Stunden aufzufordern, den Dienst wieder anzutreten. Arbeiter und Angestellte, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben ihr Dienstverhältnis selbst beendet und sich als entlassen zu betrachten. Wegen Vorgehens gegen Beamte gelten die bereits erlassenen Anordnungen des Herrn Reichsverkehrsministers."

Anschläge über den Beginn der Frist sollen von allen Dienststellen ausgehängt werden.

Verhandlungen der Regierung mit den Spartenverbänden.

Am Montagmorgen haben zwischen der Reichsregierung einerseits und Vertretern des Deutschen Beamtenbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Deutschen Gewerkschaftsrings andererseits die angehändigten Verhandlungen begonnen. Auch die Partei-führer waren in der Reichskanzlei anwesend. Die Lage wird als äußerst ernst bezeichnet.

Über Verhandlungen in der Reichskanzlei wird berichtet, daß sich der Reichskanzler eingehend über die politische Lage verbreite. Er wies darauf hin, daß das feste Ziel der Regierungspolitik gewesen sei und noch sei, in der Welt die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Weltwirtschaft wieder aufgebaut werden müsse. Hierbei hat die Regierung Erfolge erzielt.

Bezüglich der

Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten erklärte der Reichsminister der Finanzen, er habe schon in der Reichslegislatur vom 21. Januar eine Erklärung abgeben lassen, wonach die Reichsregierung bereit sei, bald möglichst in einer eingehenden Aussprache über alle Befolgsungsfragen einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme zu prüfen.

Sturz der Regierung.

Es geht ums Ganze! Darüber gibt sich, wie man aus Berlin weiß, niemand einen Zweifel hin, der die Hand an den feuerheißen Puls der Zeit legt. Am Dienstag kommen, mit Mühe und Not zusammengekommene, die Reichstagsboten wieder zusammen, um die

Interpellationen der Herren Koennen und Ledebour auf Auhebung des Ediktischen Erlasses zu beraten. Man darf sich bei Gott auf einiges gefaßt machen! Koennen und Ledebour! In diesen Namen liegt ein Programm, nämlich die beobachtliche Erinnerung des kau-dinischen Sohnes für Wirth und Seinen. Die Modellprobe, die draußen auf den Schilden der Salinen zum Auszug kommt, findet ihren Schauplatz auch im Reichstage. Bildet sich eine modellhafte Front in diesem Hause, die sich dem linken Flügel entgegenstellt, dann ist vielleicht noch Rettung zu erwarten. Sonst müssen wir mit Konsequenzen rechnen, die sogar zu einer Regierungskrise führen können, und was das gerade jetzt, im Hinblick auf unsere Außenpolitik bedeutet, wird sich jeder Einsichtige klar machen können. Es wird sich in dieser Sitzung am Dienstag zeigen, ob die Staatsgewalt Hammer oder Umbohl ist.

Nochmalige Erhöhung der Personentarife.

Stuttgart, 4. Februar. Über eine weitere Erhöhung der Personentarife auf der Eisenbahn berichtet der Vorstand "Reisekasse Kaufleute", dessen Vertreter kürzlich eine Befreiung im Reichsverkehrsministerium hatte. In dieser Befreiung erklärte der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, Geheimrat Anebel, es sei schon sehr sicher, daß die Erhöhung ab 1. Februar nicht die letzte sein werde, vielmehr würde ihr bald eine weitere Erhöhung der Personentarife folgen. Die Erhöhung der Fahrpreise wegen Lohnsteigerungen und steigender Steigerung der Beschaffungskosten könnte immer noch in keinem Verhältnis zu den allgemeinen Preisseigerungen.

Ein neuer Putsch.

Halle (Saale), 6. Febr. Bei dem in Halle verhafteten Amtshauptmann Päßler und acht seiner Spiekhäusern fand man Modellierungsskizzen für einen neuen mitteldeutschen Putsch in aller Ausführlichkeit und anderes wichtiges Material, das hindeutet auf neue Absichten der Kommunisten.

Auch von anderer Seite, nämlich aus Eisen, wird gemeldet, daß Putschabsichten der Kommunisten bestehen. Der Bezirksschultheiß der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner, Eisenbahndictator Ross aus Osterfeld, erklärte in einer zu Witten abgehaltenen öffentlichen Versammlung klar und klar, der Eisenbahnerstreik verfolge den Zweck, den Sturz der heutigen Regierung herbeizuführen.

Die Tättler gegen Ebert.

"Die Zeit" läßt sich aus Köln melden, daß gestern in einer Hauptversammlung der Sozialisten und Sozialdemokraten der Reichspräsident Ebert, "wegen seiner die Gewerkschaftsbewegung schädigenden Verordnung" fast einstimmig aus der Organisation ausgeschlossen worden sei.

Krisis im Mitteldeutschen Braunkohlengebiet.

Halle a. S. Die Verhandlungen über den Tarif im Mitteldeutschen Braunkohlengebiet sind nach zweitägiger Dauer als gescheitert zu betrachten. Der vom Schiedsgericht gefallene Schiedsspruch lobt eine Verlängerung der Arbeitszeit für Handarbeiter, sowie eine Lohnförderung für alle jugendlichen Arbeiter vor. Die Frage des Auschlusses der Unorganisierten vom Betriebe der Sozialistische und der Urlaubsbezahlung sollte einer besonderen Regelung vorbehalten bleiben. Die Arbeitnehmervertreter lehnten diesen Schiedsspruch ab und es wird dadurch wenn nicht im letzten Augenblick noch eine Vereinbarung erzielt wird, zu schweren wirtschaftlichen Schäden zu kommen. Die anstehenden Lohnverhandlungen werden ebenfalls als ergebnislos betrachtet.

Erwerbslosenkundgebung in Dresden.

Etwas 400—500 Erwerbslose zogen unter Führung des berühmten Agitators Grenzels vor das Ministerialgebäude in Dresden, um für ihre Forderungen zu demonstrieren. Ihre Abfahrt in das Landtagsgebäude einzudringen, wurde durch den Päßler vereitelt. Eine Abordnung der Demonstranten ging mit Grenzel zum Arbeitsminister Rißau. Vorher hatten die Demonstranten auf dem Postplatz einen Zusammenschluß mit der Polizei, weil sie versucht hatten, einem Polizeikommissar den Sessel zu entreißen. Das Ministerium ist, damit weitere Gewalttätigkeiten abgewendet werden können, polizeilich besetzt.

Bismarcks Sturz und die öffentliche Meinung.

Die nachstehenden Ausführungen entnehmen wir dem neuen höchst bedeutsamen Werk "Bismarcks Sturz" von Privatdozent Dr. Schäfer. (Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig). Auf Grund des 3. Bandes der "Gedanken und Erinnerungen" sowie anderer noch unbekannter Altematerialien erhalten wir ein abgeschlossenes Bild jener gewaltigen Trajekte. Die Politik Wilhelm II. erscheint vielfach in ganz neuer Be-

leuchtung, und die Katastrophe von 1918 wird bereits in jener Zeit eingeleitet.

Bismarcks Stimmung in den Tagen seiner Entlassung wurde durch die hilflose Haltung der Öffentlichkeit aufs tiefste verblüfft. Das Gefühl des unvermeidlichen Geschehens beherrschte Deutschland in dieser weltgeschichtlichen Stunde weit hin: es blieb stumm. Die großen Massen des Volkes, die anders als die eingeweihten Führer im Parlament und Presse die Dinge nicht in ihren Zusammenhängen und in ihrer inneren Notwendigkeit sahen, empfanden zwar anders; da sie aber kein Organ hatten, und da die Führer schwiegen, schwieg auch das Volk.

"Das System Bismarck fällt", schrieb ein demokratisches Blatt, „es läßt sich an dem jugendlichen Wesen einer neuen Zeit, die sich aus dem Volke heraus offenbart und auch auf der Höhe die Führer beherrscht... Alle kann das Gefühl, daß ein historischer Prozeß, der unabwendbar sei, sich vollziehe.“

Am 21. März erhielt das Preußische Abgeordnetenhaus die offizielle Mitteilung von Bismarcks Entlassung. Das Haus verharrte nach der Verlesung in tiefem Schweigen. Und die Frankfurter Zeitung schrieb an demselben Tage: „Die Nation ist ruhig; nicht ohne Bewegung, aber ohne Furcht vor der Zukunft sieht das deutsche Volk den gewaltigen Mann aus der Nachkriegszeit scheiden, in der er für die innere Entwicklung seit Jahren ein unüberwindliches Hindernis geworden war... Möge auch von ihm gelten, daß nicht wiederlebt, was einmal gegangen ist; die Nation wird dann den 18. März 1890 bald zu den Tagen zählen, deren man mit Freuden gedenkt.“

Ist es ein Wunder, daß angefischt dieses Verhaltens die Franzosen fanden, die Deutschen seien kein großes Volk? Sie hätten an der Deutschen Stelle dem Gründer ihres Reiches Mütze errichtet. Die Spanier haben selbst den toten Eid noch auf sein Schlachtkreuz, um es in den Kampf zu führen und so die Feinde zu schrecken. Die Deutschen aber blieben stumm, als sich ihr Schicksal zugleich mit dem des alten Bismarck entschied.

In den Preußischen Jahrbüchern erinnerte Delbrück an einen Gesamtstaatsbericht aus England vom Jahre 1742 nach dem Sturz Robert Walpoles, der Zustände hälfte, die genau auf das Deutschland dieser Tage paßten: „Was in 28 Jahren nicht gehalten, nicht gehabt, nicht geglaubt worden, das hat sich nunmehr gegeben; Wahnsinn und Todes, Patrioten und wie sie alle hießen, seien einig miteinander und weiters miteinander, ihre Königstreue und der Vaterlandsliebe zu bedingen. Wahnsinn und Todes wurden bei Hofe gelesen und gnädig empfangen; weder im Ober-, noch im Unterhause gäbe es eine Opposition; was der König vom Parlament fordern möchte, alles werde ihm bewilligt.“

Groß war in den hohen Tagen, an den Regierungsstellen, die Genugtuung über den Sturz des bisher Allmächtigen. Der österreichische Botschafter konnte nicht genug staunen, daß in den ersten Tagen nach der Entlassung in den höheren Kreisen der Gesellschaft von diesem Ereignis kaum gesprochen wurde. Mit Entschluß erlebte er, daß die Leute, die noch eben vor Bismarck und allem, was Bismarck war, auf dem Bauche lagen, jetzt auf das unvorsichtigste das Seglermesser an seine Vergangenheit legten, um seine kleinen Fehler und Schwächen herauszuschälen. Gerade bei den Mitgliedern des Bundesrates begegnete er der größten Genugtuung. Hätte Fürst Bismarck dem Kaiser gratuliert, lagte ein Bundesratsvollmächtiger dem Grafen Széchenyi, Schrift zu führen, wo Seine Majestät Trab anschlagen wollte, so hätte der Kaiser sich gefragt; daß er dem Monarchen das Fahren aber überhaupt verbieten wollte, war zu viel. Beim Gedächtnis am 23. März sah der Statthalter Fürst Hohenlohe zwischen den Generalen Stosch und Kameke. „Ersterer... war froh wie ein Schneekönig, daß er jetzt offen reden konnte, und daß der große Mann nicht mehr zu fürchten ist. Dies behagliche Gefühl ist hier vorherrschend.“ Wenige Monate später merkte er, daß in den hohen Regionen Berlins alle Individuen geschwollen seien, daß jeder einzelne sich fühle. Während früher unter dem vorwiegenden Einfluß des Fürsten Bismarck die Individuen eingekrümpft und gedrückt waren, sind sie jetzt alle aufgegangen wie Schwämme, die man ins Wasser gelegt hat.“

Nach dem Tode Friedrichs des Großen war es geradezu gewesen, und dieselben Leute, die sich damals mit ihrem neuesten Weisheit brüsteten, fühlten Preußen dem Tage von Jena entgegen. Das war zwanzig Jahre, nachdem Friedrich der Einige in die Unterblüte eingegangen war. Zwanzig Jahre nach Bismarcks Tod endete das von ihm gegründete deutsche Kaiserreich.

In trauriger, durch den widerlichen Jubel der Gegner weiter verdüsterten Stimmung empfing und machte Bismarck Abschiedsbesuch.